

6%. Dadurch ist auch der Anteil, den der Wirtschaftsbereich an allen Erwerbstätigen ausweist, von 55% auf knapp 54% zurückgegangen.

Scheinbar unbeeinflusst von der wirtschaftlichen Rezession – zumindest was die Zahl der in ihnen beschäftigten Personen angeht – sind die beiden Wirtschaftsbereiche *Handel und Verkehr* sowie *Sonstige Wirtschaftsbereiche* (Dienstleistungen) geblieben. Beide Bereiche haben bei den Beschäftigten seit dem Vorjahr eine Zunahme um 1% erfahren. Diese Zunahme ist im Bereich Handel und Verkehr allerdings auf die Männer beschränkt (+ 10 000), während bei Sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen) sowohl Männer als auch Frauen zahlenmäßig zugenommen haben, erstere aber mit rund 10 000 wesentlich stärker als die Frauen. Der Anteil an allen Erwerbstätigen, über den die beiden Wirtschaftsbereiche verfügen, ist bei Handel und Verkehr gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben (14%), für Sonstige Wirtschaftsbereiche (Dienstleistungen) hat er sich jedoch um 1 %-Punkt auf 21% erhöht.

Weiterhin mehr Angestellte

Da die bei den Erwerbstätigen eingetretenen zahlenmäßigen Rückgänge hauptsächlich im Produzierenden Gewerbe entstanden und dort mehr als zwei Drittel der Beschäftigten als Arbeiter tätig sind, waren von den Abgängen nach der Stellung im Beruf besonders die *Arbeiter* betroffen. Allein ihre Zahl hat sich seit April 1966 um rund 100 000 verringert; um 70 000 bei den Männern (6%) und um 30 000 bei den Frauen (5%).

Allerdings hatten nicht alle Wirtschaftsbereiche bezüglich der Arbeiter solche Abnahmen zu verzeichnen. Im Bereich Land- und Forstwirtschaft liegen sogar geringe Zunahmen (+ 2000) vor, die aber möglicherweise auf Stichprobenfehler zurückzuführen sind. Auch bei Sonstigen Wirtschaftsbereichen (Dienstleistungen) wurden im April 1967 rund 12 000 Arbeiter mehr als im Vorjahr erfaßt, davon je zur Hälfte Männer und Frauen. Dem stehen Abnahmen um rund 110 000 Arbeiter

allein im Produzierenden Gewerbe gegenüber, so daß also der gesamte Rückgang an Erwerbstätigen seit dem Vorjahr fast ausschließlich auf die Abgänge von Arbeitern aus dem Produzierenden Gewerbe zurückzuführen ist. Den Hauptteil daran tragen mit 70 000 Personen die Männer. Durch diese Entwicklung ist auch der Anteil aller Arbeiter an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen von 47 auf 46% zurückgegangen.

Von Abgängen, die sich über alle Wirtschaftsbereiche erstreckten, waren jedoch die *Selbständigen*, deren Zahl gegenüber dem Vorjahr um 4% kleiner geworden ist und sich nun auf 456 000 beläuft sowie die *Mithelfenden Familienangehörigen*, bei denen die Abnahme 3% ausmacht, betroffen. Ebenfalls abgenommen sowohl im gewerblichen (– 14%) als auch im kaufmännischen Bereich (– 12%), hat die Zahl der *Lehrlinge*. Die hier eingetretenen stärkeren Rückgänge dürften die deutlichen Auswirkungen der längeren schulischen Ausbildung jüngerer Menschen sein. Dagegen hat die Zahl der *Angestellten* weiter zugenommen, wenn auch nicht mehr in dem Ausmaß der Vorjahre. Sie hat sich um 10 000 erhöht und beträgt jetzt 979 000. Bei den männlichen Angestellten hat sich seit April 1966 keine nennenswerte Veränderung ergeben, obwohl gerade sie die starken Zunahmen in den vergangenen Jahren herbeigeführt hatten. Dafür ist bei den Frauen die Zunahme um rund 8000 Personen (+ 2%) in diesem Jahr größer als in den drei Jahren vorher.

Sieht man von der Land- und Forstwirtschaft ab, in der die Zahl der beschäftigten Angestellten unbedeutend ist, so sind nur im Produzierenden Gewerbe Abgänge von Angestellten, und zwar um 1% zu verzeichnen. Diese setzen sich aus Abnahmen bei der Zahl der Männer um 3% und aus Zunahmen bei der Zahl der Frauen um 3% zusammen. Sowohl im Bereich Handel und Verkehr (+ 3%) als auch bei Sonstigen Wirtschaftsbereichen (+ 3%) liegen die Beschäftigungszahlen von Angestellten bei Männern und Frauen höher als im Jahr 1966. Im April 1967 stellt sich der Anteil, den die Angestellten an allen Erwerbstätigen haben, auf 25% und ist somit gegenüber den Vorjahren weiter angestiegen.

Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Festerling

Hohe Sparleistung in Baden-Württemberg

Hemmt Sparen das wirtschaftliche Wachstum?

Kaum je zuvor ist die wirtschaftliche Entwicklung so aufmerksam und mit so großem Interesse verfolgt worden, wie in der letzten Zeit, als der Aufschwung und das stetige Wachstum zu erlahmen drohten. Es wurde nach Gründen für diese ungewohnte Entwicklung gesucht und nach Mitteln zur Anregung und Wiederbelebung der totgeglaubten Konjunktur. Bei allen in diesem Zusammenhang angestellten Überlegungen sollte man sich zuerst immer wieder die Ausgangslage und das inzwischen erreichte hohe wirtschaftliche Niveau vor Augen führen, wie dies in den Zahlen des Bruttoinlandsprodukts so eindrucksvoll zum Ausdruck kommt. Danach ist das Bruttoinlandsprodukt in Baden-Württemberg von 1950–1960 von 13,1 Mrd. DM auf 41,6 Mrd. DM, also um 213% gestiegen. Im Jahr 1966 betrug das Inlandsprodukt bereits 70,9 Mrd. DM, ist also während dieser Zeit nochmals um 70% gewachsen. Diese Zahlen zeigen, wie in kurzer Zeit ein außerordentlich hohes Produktions- und Leistungsniveau erreicht wurde mit ungewöhnlich hohen Zuwachsraten.

Diese Entwicklung wurde zweifellos von einer Reihe von äußeren Umständen begünstigt, aber es ist vielleicht zweckmäßig, sich auch der anderen Faktoren zu erinnern, die die Grundvoraussetzung für jedes wirtschaftliche Wachstum darstellen. Diese Überlegungen scheinen gerade jetzt angebracht, wo man nach Mitteln sucht, die augenblickliche Rezession zu überwinden. Angesichts der Tatsache, daß gerade in dieser Situation die *Spareinlagen* eine Höhe erreicht haben, die man sich vor wenigen Jahren noch kaum vorstellen konnte, ist zum

Teil die alte Kontroverse wieder aufgelebt, ob das Sparen in unserem marktwirtschaftlichen System wachstumsfeindlich, oder ob es eine Voraussetzung für eine Weiterentwicklung sei. Zuweilen hört man die Ansicht, das Sparen begünstige die Rezession und übersieht dabei, daß es die wichtigste Finanzierungsquelle für Investitionen darstellt und unseren bisherigen Wirtschaftsaufschwung mit ermöglicht hat.

Die Bedeutung des Konsumverzichts, des freiwilligen oder erzwungenen Sparens, für den Übergang von einer stationären zu einer wachsenden, sich ausdehnenden Wirtschaft, hat die Wirtschaftstheorie schon früher aufgezeigt. Sie hat darauf hingewiesen, daß die Verbesserung oder Erweiterung des Produktionsapparates, und damit auch die Steigerung der Konsumgüterversorgung, in einer vollbeschäftigten Wirtschaft nur möglich ist, wenn ein Teil der Produktionsfaktoren nicht für den Konsum im bisherigen Ausmaß eingesetzt wird, sondern ein gewisser Konsumverzicht geübt, also gespart wird. Allerdings ist man sich auch klar darüber, daß mit dem Sparen allein noch kein wirtschaftliches Wachstum erreicht wird, sondern daß dazu noch die entsprechende Verwendung in Form von Investitionen kommen muß.

Das Sparen ist zwar auf lange Sicht gesehen eine notwendige Voraussetzung für ein wirtschaftliches Wachstum, ob dieses aber gleichgewichtig, also ohne Preisveränderungen, verläuft, hängt im wesentlichen davon ab, inwieweit die durch das Sparen in der Gesamtnachfrage entstandene Lücke durch Investitionen ausgefüllt wird. Steht nämlich im Zustand der Vollbeschäftigung der Sparneigung keine entsprechende

Investitionsbereitschaft gegenüber, so sinkt die Gesamtnachfrage, die Wachstumsimpulse fehlen, es kommt zu einem Rückgang der wirtschaftlichen Aktivität und zu einer mehr oder weniger ausgeprägten Rezession. Auf der anderen Seite führt eine über die Sparneigung hinausgehende Investitionstätigkeit zu einer gesteigerten Gesamtnachfrage und zur Auslösung eines inflatorischen Prozesses.

Diese Zusammenhänge, die die Wirtschaftstheorie zuerst am Modell einer geschlossenen Volkswirtschaft veranschaulicht hat, gelten im Prinzip auch für unsere offene Verkehrswirtschaft, und an der Entwicklung der letzten Jahre konnte das am praktischen Beispiel gut verfolgt werden. Allerdings müssen bei einer offenen Volkswirtschaft zusätzlich noch einige weitere Faktoren berücksichtigt werden. Zuerst gilt auch hier, daß ein gleichgewichtiges Wachstum nur möglich ist – wenn kein Kapital exportiert werden soll – wenn die inländische Ersparnis so groß ist, wie die vorgesehenen Investitionen. Besteht dagegen ein freier Kapitalverkehr über die Grenzen, wie das tatsächlich der Fall ist, so würde sich das Wirtschaftswachstum dann im Gleichgewicht vollziehen, wenn ein evtl. bestehender Unterschied zwischen der tatsächlichen Ersparnis und der vorgesehenen Investition gleich dem Kapitalexport bzw. -import ist.

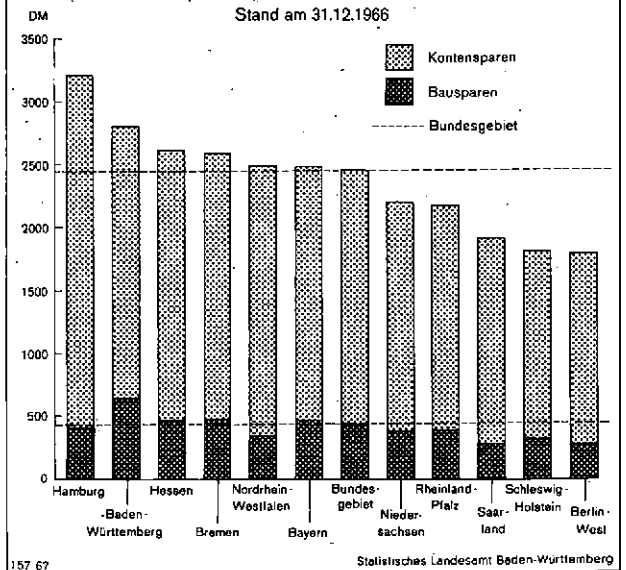
Da sich erwiesen hat, daß die Bedingungen für ein gleichgewichtiges Wachstum sich kaum automatisch einstellen, neigt man fast überall dazu, in der Herstellung solcher, diesen Bedingungen nahekommenden Zustände, eine zentrale Aufgabe der Wirtschaftspolitik zu sehen. Daß diese Notwendigkeit erkannt wurde, beweist das Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, der den für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen die Urteilsbildung erleichtern soll. Die schleichende Inflation der letzten Zeit in vielen Ländern, und neuerdings bei uns die abgeschwächte Konjunktur, sind ein Beweis, daß es nicht in gewünschtem Maß gelungen ist, ein gleichgewichtiges Wachstum herzustellen. Auch mit dem angestrebten verbesserten Instrumentarium wird es schwer sein, ein dauerndes Gleichgewicht aller Faktoren zu erreichen. Es sollte allerdings erreicht werden können, vor allem bei einer entsprechenden Abstimmung von Finanz- und Konjunkturpolitik, die Abweichungen vom Idealfall in möglichst engen Grenzen zu halten. Das setzt voraus, daß genügend statistische Daten erfaßt werden, um ein frühzeitiges Erkennen der konjunkturellen Entwicklungstendenzen zu ermöglichen und auch,

Entwicklung der Spareinlagen

Jahr	Alle Geschäftsbanken		Bausparkassen		Zusammen	
	insgesamt	Zuwachs gegen Vorjahr	insgesamt	Zuwachs gegen Vorjahr	insgesamt	Zuwachs gegen Vorjahr
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1950	704,6		173,0		877,6	
1951	829,4	17,7	205,1	18,6	1 034,5	17,9
1952	1 171,9	41,3	281,0	37,0	1 452,9	40,4
1953	1 715,6	46,4	425,2	51,3	2 140,8	47,3
1954	2 458,9	43,3	726,4	70,8	3 185,3	48,8
1955	2 990,0	21,6	918,8	26,5	3 908,8	22,7
1956	3 348,7	12,0	1 152,8	25,5	4 501,5	15,2
1957	3 994,6	19,3	1 422,8	23,4	5 417,4	20,3
1958	4 873,2	22,0	1 726,7	21,4	6 599,9	21,8
1959	6 019,4	23,5	2 075,7	20,2	8 095,1	22,7
1960	7 170,1	19,1	2 502,2	20,5	9 672,3	19,5
1961	8 242,5	15,0	2 913,7	16,4	11 156,2	15,3
1962	9 722,7	18,0	3 281,7	12,6	13 004,4	16,6
1963	11 424,5	17,5	3 671,1	11,9	15 095,6	16,1
1964	13 343,6	16,8	4 076,5	11,0	17 420,1	15,4
1965	15 802,3	18,4	4 760,6	16,8	20 562,9	18,0
1966	18 294,0	15,8	5 601,6	17,7	23 895,6	16,2
1. Halbjahr 1966	16 647,5		5 025,5		21 673,0	
1. Halbjahr 1967	19 286,0	15,8	5 601,9	11,5	24 887,9	14,8

*) Stand am Jahresende.

Spareinlagen bei Kreditinstituten und Bausparkassen pro Kopf der Bevölkerung



daß ein gewisses Verständnis für die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufgebracht wird. Dazu gehört u. a. auch die richtige Einschätzung der Funktion des Sparens bei den öffentlichen und privaten Haushalten. Es ist dann Aufgabe der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik, die der jeweiligen Lage entsprechenden Maßnahmen zu treffen, damit diese Funktion auch richtig erfüllt wird.

Es wurde noch nie so viel gespart

Mit dem starken wirtschaftlichen Wachstum der zurückliegenden Jahre war auch eine entsprechende Zunahme der Einkommen der privaten Haushalte verbunden. Die Sparfähigkeit steht damit zwar in engem Zusammenhang, das Ausmaß wird dadurch allein aber nicht bestimmt. Dazu bedarf es in der Regel noch anderer Antriebskräfte oder äußerer Einflüsse, wie gerade die jüngste Zeit gezeigt hat. Die Beweggründe für das Sparen sind sehr vielseitig, vom Urmotiv aller Spartätigkeit, der Vorsorge für die Wechselfälle des Lebens, bis zum Sparen für die verschiedensten, genau festgelegten Ziele. An Sparformen heben sich jedoch hauptsächlich nur vier besonders hervor, nämlich:

- Kontensparen
- Bausparen
- Versicherungssparen
- Wertpapiersparen.

Länderweise aufgliedern lassen sich davon im allgemeinen nur das Kontensparen bei den Kreditinstituten und das Bausparen. Damit werden aber bereits rund zwei Drittel der privaten Gesamtsparsparnisse erfaßt, so daß sich daraus eine gute Vorstellung von der Sparleistung und ihrer Entwicklung in den einzelnen Bundesländern gewinnen läßt.

In Baden-Württemberg, wo das Sparen bekanntlich schon beinahe als charakteristische Stammeseigenschaft betrachtet wird, war die Entwicklung der Spartätigkeit besonders stark ausgeprägt. Das Sparaufkommen hat sich von Jahr zu Jahr gesteigert und erreichte 1966 beim Konten- und Bausparen (einschließlich Tilgungen) mit rund 5 Mrd. DM den bisher höchsten Stand.

25 Milliarden DM auf Sparkonten

Ein eindrucksvolles Bild vom Ausmaß der Geldvermögensbildung in Baden-Württemberg zeigt der Bestand an Spareinlagen bei den Kreditinstituten, der sich im September dieses

Spareinlagen bei Bausparkassen und Geschäftsbanken insgesamt und pro Kopf der Bevölkerung in den Bundesländern
Stand 31. 12. 1966

Land	Spareinlagen							Bevölke- rungs- anteil
	Bausparkassen		Alle Banken ¹⁾		zusammen		Anteil am Bundes- ergebnis	
	insgesamt	pro Kopf der Bevölkerung	insgesamt	pro Kopf der Bevölkerung	insgesamt	pro Kopf der Bevölkerung		
Schleswig-Holstein	785,6	318	3 668,2	1 484	4 453,8	1 801	3,0	4,1
Hamburg	772,1	418	5 143,6	2 784	5 915,7	3 202	4,0	3,1
Niedersachsen	2 654,0	381	12 702,3	1 823	15 356,3	2 204	10,5	11,7
Bremen	357,3	477	1 585,8	2 116	1 943,2	2 592	1,3	1,2
Nordrhein-Westfalen	5 042,9	347	36 156,6	2 148	41 999,5	2 495	28,6	28,1
Hessen	2 425,7	463	11 234,4	2 144	13 660,1	2 607	9,3	8,8
Rheinland-Pfalz	1 439,7	399	6 418,8	1 777	7 858,5	2 175	5,4	6,0
Bayern	4 773,4	467	20 685,4	2 025	25 458,8	2 492	17,1	17,1
Saarland	317,6	281	1 842,8	1 628	2 160,4	1 908	1,5	1,9
Berlin (West)	610,4	279	3 310,6	1 515	3 921,0	1 794	2,7	3,7
Baden-Württemberg	5 601,6	656	18 294,0	2 144	23 895,6	2 800	16,3	14,3
Bundesgebiet	25 580,4	428	121 042,5	2 024	146 622,9	2 452	100	100

¹⁾ Ohne Postsparkassen sowie Kreditinstitute mit überregionalen Sonderaufgaben ohne Filialnetz (6070 Mill. DM). — Quelle: Monatliche Bilanzstatistik der Deutschen Bundesbank.

Jahres auf rund 19,3 Mrd. DM belief. Wenn der Bestand an Bauspareinlagen von rund 5,6 Mrd. DM dazugerechnet wird, ergibt sich zur Zeit ein Vermögen von rund 25 Mrd. DM, das in dieser verhältnismäßig liquiden Form gehalten wird.

Das *Kontensparen*, das früher die typische Form der Vermögensbildung und der langfristigen Vorsorge war, erfreut sich auch heute noch großer Beliebtheit. Die Vorteile der vielseitigen Verwendbarkeit und der leichten Verfügbarkeit werden offensichtlich sehr geschätzt. Wie mit der günstigen Einkommensentwicklung auch die Sparfähigkeit und der Sparwille zugenommen haben, läßt sich an den steigenden Einzahlungen auf Sparkonten ablesen. Zweifellos hat aber auch die staatliche Sparförderung zu dieser verhältnismäßig weit gestreuten Vermögensbildung angeregt. Die Spareinlagen sind dabei über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung hinaus gewachsen, was sich darin zeigt, daß das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1960 um 70% gestiegen ist, die Spareinlagen aber um 147%. Im vergangenen Jahr erreichte der Zugang auf den Sparkonten mit 2,4 Mrd. DM die bisher höchste Quote.

Bemerkenswert ist, daß die Sparneigung auch in diesem Jahr, trotz der wirtschaftlichen Rezession, oder vielleicht auch gerade deshalb, beim Kontensparen keineswegs nachgelassen hat. Noch immer zeigt das monatliche Sparaufkommen eine laufende Zunahme. So liegt der Spareinlagenbestand im September gegenüber dem entsprechenden Monat des Vorjahres um 2,5 Mrd. DM höher. Die Hauptträger des Kontensparens sind die Sparkassen, die 62% der Einlagen aufnehmen, sowie die gewerblichen und ländlichen Kreditgenossenschaften, auf die über ein Viertel entfällt. Diese Institute übernehmen damit als Kapitalsammelstellen eine wichtige volkswirtschaftliche Funktion. Das kommt auch in ihrem Aktivgeschäft zum

Ausdruck, bei dem sie vor allem dem Klein- und Mittelgewerbe, die kaum Zugang zum Kapitalmarkt haben, langfristige Kredite für Investitionszwecke zur Verfügung stellen.

Das *Bausparen* gibt durch seine weite Verbreitung der Spartätigkeit in Baden-Württemberg eine besondere Note. Von hier nahm das Bausparwesen in seiner heutigen Form ja bekanntlich seinen Ausgang und fand so gute Entwicklungsmöglichkeiten, daß die vier größten deutschen Bausparkassen heute ihren Sitz hier haben. Sie verwalten zusammen fast die Hälfte aller Bausparverträge in der Bundesrepublik. Die Gliederung des Bauspargeschäfts nach dem Wohnsitz der Bausparer zeigt, daß diese besondere Form des Zwecksparens bei der Bevölkerung Baden-Württembergs nichts von ihrer Beliebtheit eingebüßt hat.

Das Neugeschäft nahm von Jahr zu Jahr weiter zu und wies 1966 ein Rekordjahr auf, das wohl nicht mehr leicht zu überbieten ist. Die Zahl der Neuabschlüsse, die 1960 noch 138 744 betrug, lag 1966 mehr als doppelt so hoch, und die Vertragssumme stieg von 2,391 Mrd. DM auf 6,176 Mrd. DM. Dementsprechend zeigen auch die von Bausparern in Baden-Württemberg jährlich aufgebrachten Spargelder eine ähnlich aufwärtstrebende Entwicklung. Die Netto-Spargeldeinzahlungen (Vorsparen) stiegen im gleichen Zeitraum von 1 Mrd. DM auf 1,8 Mrd. DM. Wenn auch noch Tilgungsleistungen (Nachsparen), die Gutschrift von Zinsen und die staatlichen Wohnungsbauprämien berücksichtigt werden, belief sich im Jahr 1966 die Ersparnisbildung bei den Bausparkassen auf 2,6 Mrd. DM und überstieg damit sogar das Sparaufkommen beim Kontensparen.

Das auffallend hohe Neugeschäft des letzten Jahres wurde vermutlich bis zu einem gewissen Grad angeregt durch die vorher schon angekündigte „Harmonisierung“ der staatlichen Sparförderung und den vorgesehenen, und inzwischen durchgeführten Abbau gewisser Vergünstigungen. Der bisherige Verlauf des Bauspargeschäfts läßt bereits erkennen, daß der Stand des Vorjahres nicht erreicht wird.

Neuabschlüsse von Bausparverträgen und Sparaufkommen beim Bauspargeschäft 1954 bis 1966

Jahr	Neuabschlüsse		Spargeld-einzänge	Prämien-einzänge	Zins- und Tilgungs-einzänge	Gesamt-ersparnis-bildung
	Verträge	Vertrags-summen				
	Anzahl	1000 DM				
1954..	111 968	1 348 346	352 225	19 134	44 743	416 102
1955..	116 128	1 435 918	436 900	37 449	74 783	549 132
1956..	109 116	1 452 333	479 574	55 830	99 230	634 634
1957..	127 432	1 754 167	575 560	65 000	137 050	777 610
1958..	185 019	2 570 090	652 361	77 228	185 511	915 100
1959..	143 470	2 285 971	781 742	96 270	242 376	1 120 388
1960..	138 744	2 391 102	888 617	112 553	280 203	1 281 373
1961..	148 564	2 748 197	1 008 158	121 448	321 546	1 451 152
1962..	157 633	2 904 658	1 070 262	129 243	379 287	1 578 792
1963..	183 805	3 485 429	1 123 606	140 191	439 812	1 703 609
1964..	224 818	4 381 470	1 265 582	154 604	489 676	1 909 862
1965..	247 333	5 170 699	1 620 042	177 810	557 513	2 355 365
1966..	276 535	6 176 892	1 887 163	205 046	594 727	2 686 936

Auch im Sparen ein Musterland

Um eine Vorstellung von der gesamten Sparleistung, vor allem im Vergleich mit anderen Bundesländern, zu bekommen, muß das ganze Sparbild betrachtet, also Konten- und Bausparen zusammengefaßt werden. Den höchsten Bestand an Spareinlagen weist Nordrhein-Westfalen mit rund 42 Mrd. auf, gefolgt von Bayern mit 25,4 und Baden-Württemberg mit 23,9 Mrd. DM. Die eigentliche Sparleistung der Bevölkerung kommt jedoch in den Pro-Kopf-Zahlen besser zum Ausdruck. Danach steht Baden-Württemberg mit einem Spareinlagenbestand je Kopf von 2800 DM nach Hamburg an 2. Stelle. Am geringsten ist der Sparbetrag in Berlin, Schleswig-Holstein und im Saarland. Bei den Bauspareinlagen steht Baden-Württemberg, wie schon immer, an der Spitze. Ein Vergleich mit

früheren Jahren und die regionale Gliederung der Neubeschlüsse lassen jedoch erkennen, daß das Bausparen neuerdings auch in den meisten anderen Ländern einen starken Aufschwung genommen hat und daß der Abstand zu Baden-Württemberg sich allmählich verringert.

An den gesamten Sparanlagen des Bundesgebiets, wie sie durch die beiden dargestellten Sparformen aufgebracht wer-

den, ist Baden-Württemberg mit 16,3 % beteiligt. Es wird hier also, wenn der Bevölkerungsanteil in Betracht gezogen wird, noch immer überdurchschnittlich gespart. Dies hängt zweifellos etwas mit der Mentalität der Bevölkerung zusammen, zum nicht geringen Teil aber auch mit der wirtschaftlichen Struktur und den wirtschaftlichen Verhältnissen.

Dr. Georg Wüchter

Saisonschwankungen und Preisspannen bei ausgewählten Nahrungsmitteln

— Ergebnisse der Wirtschaftsrechnungen 1965/66 in Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit höherem Einkommen —

Jahreszeitlich bedingte Mengen- und Preisschwankungen

Anläßlich einer Sonderauswertung der Buchführungsergebnisse über Einnahmen und Ausgaben von vierköpfigen Familien (Beamten- und Angestelltenhaushalte mit einem Einkommen zwischen 1750,- und 2150,- DM) wurden die Preis- und Mengenschwankungen bei einigen Grundnahrungsmitteln auf ihre Saisonabhängigkeit untersucht. Zugleich sollte festgestellt werden, inwieweit die Haushalte in ihrer Nachfrage auf die Preisbewegungen reagieren. Die Ergebnisse sind in den Schaubildern dargestellt.

Zur Ermittlung der Zahlen wurden die von rund 60 Haushalten in den Jahren 1965 und 1966 eingekauften Mengen zunächst monatsweise addiert, desgleichen die dafür ausgegebenen Beträge. Die monatlichen Gesamtausgaben dividiert durch die monatlichen Gesamtmengen ergaben den Durchschnittspreis pro Mengeneinheit in den einzelnen Monaten. Aus den Gesamtausgaben pro Jahr dividiert durch die Gesamtmengen pro Jahr wurde der Jahresdurchschnittspreis errechnet.

Die an sich recht schwache repräsentative Basis konnte dadurch etwas verbessert werden, daß aus den Ergebnissen der Jahre 1965 und 1966 jeweils der arithmetische Mittelwert gebildet wurde. Trotzdem muß der begrenzte Aussagewert infolge der geringen Zahl der einbezogenen Haushalte im Auge behalten werden.

Im Gegensatz zum Preisindex für die Lebenshaltung, der die Entwicklung der Verbraucherpreise für genau umschriebene Warenarten gleichbleibender Qualität anzeigt, werden die hier dargestellten Preiskurven nicht nur von echten Verteuerungen bzw. Verrilligungen beeinflusst, sondern von anderen Faktoren wie zum Beispiel Qualitäts- und Sortenwechsel, unterschiedlicher Aufwand für Verpackung, Mengenrabatt, Wechsel der Einkaufsquelle, gelegentliche Einkäufe beim Erzeuger oder Großhändler, Inlands- bzw. Importerzeugnisse, Käufe im Ausland von Haushalten, die in Grenznähe wohnen oder eine Ferienreise unternehmen und dergleichen. Ferner muß die Fluktuation unter den an der Statistik beteiligten Haushalten berücksichtigt werden. So hat sich infolge eines größeren Wechsels zu Beginn des Jahres 1966 das Durchschnittsalter der Kinder bei den beteiligten Familien gesenkt, so daß der Verbrauch bei einigen Nahrungsmitteln zurückgegangen ist.

Die hier untersuchten Preise und Mengen beziehen sich lediglich auf die *Käufe* der in den Tabellen angegebenen Warenarten, nicht aber auf die in Form von Mahlzeiten im Gasthaus, bei Verwandten usw. genossenen Nahrungsmittel. Auch die Erzeugnisse aus eigener Bewirtschaftung und die den Haushalten zuzuführenden Sachgeschenke an Nahrungsmitteln sind in den angegebenen Zahlen nicht enthalten.

Die Untersuchung zeigt, daß die Preisbewegungen für Kartoffeln und Kernobst weit stärker sind als die der übrigen Warenarten. Dies ist nicht allein auf das mit der Jahreszeit besonders stark wechselnde Angebot an Feld- und Gartenerzeugnissen zurückzuführen, sondern hängt auch damit zusammen, daß die Marktornungen der Bundesrepublik für

Obst und Gemüse bisher keine direkten Preisregelungen enthalten, während bei den übrigen hier untersuchten Warenarten die Preise zum Teil staatlich festgesetzt sind oder durch Abschöpfungsmaßnahmen und dergleichen spürbarer beeinflusst und stabilisiert werden.

Beim Vergleich der Schaubilder für die einzelnen Warenarten muß berücksichtigt werden, daß die Maßstäbe wechseln.

Aus der graphischen Darstellung der Preisentwicklung bei *Rindfleisch* ist zu erschen, daß zu Anfang des Jahres das Preisniveau etwas unter dem Durchschnitt lag. Noch deutlicher ist dies beim *Schweinefleisch* erkennbar. Hierbei muß berücksichtigt werden, daß einige Haushalte sich in den Wintermonaten umfangreichere Fleischvorräte zu Großeinkaufspreisen zulegten, die sie in der Kühltruhe aufbewahrten bzw. zu Konserven und Wurst verarbeiten ließen. Auch in der Mengenkurve machen sich diese Großeinkäufe von Rind- und Schweinefleisch bemerkbar. In den Hochsommermonaten ist der Fleischverbrauch im allgemeinen etwas geringer, während die Preise saisonbedingt leicht ansteigen. Besonders auffallend ist der Mengenrückgang in dem Hauptferien- und Reisemonat August.

Bei fast allen übrigen der hier ausgewählten Warenarten zeigt die Mengenkurve im August ebenfalls einen auffallenden Ausschlag nach unten. Auch wenn die Haushalte während der Reisezeit nicht im Gasthaus oder bei Verwandten verpflegt werden, sondern sich zum Beispiel während eines Campingaufenthalts selbst verköstigen, werden in der Regel Konserven-gerichte bevorzugt, so daß weniger Frischfleisch benötigt wird.

Gegen Jahresende steigen die eingekauften Fleischmengen wieder kräftig an. Während sich die Preis- und Mengenkurven im allgemeinen gegenläufig bewegen, kehrt sich das Verhältnis im Dezember beim Schweinefleisch und einer Reihe anderer Produkte um. Trotz steigender Preise sind auf Grund der Feiertage auch die eingekauften Mengen größer. Hierbei spielt es auch eine gewisse Rolle, daß die berufstätigen Ehemänner werktags zum Teil im Gasthaus bzw. in der Kantine essen, so daß die Hausfrauen weniger Fleisch einkaufen müssen, als wenn eine Reihe von Feiertagen bevorstehen, an denen die Familie vollzählig zu Hause ist. Beim Monat Februar wirkt sich die geringere Anzahl der Tage auf den Mengendurchschnitt aus.

Die Preiskurve für *Eier* sinkt, entsprechend dem im Frühjahr größer werdenden Angebot von Januar bis März ab. Im Zusammenhang mit der steigenden Nachfrage vor Ostern ziehen die Preise im April vorübergehend leicht an, um dann wieder abzusinken. Im Juni ist die Nachfrage bei günstigen Kaufbedingungen besonders groß. Vielfach werden Vorräte angelegt, wobei sich die gewährten Mengenrabatte in der Preiskurve ebenfalls bemerkbar machen. Hinsichtlich der Eier tritt besonders deutlich zutage, daß sich die Haushalte bei ihren Einkäufen im allgemeinen preisbewußt verhalten. Lediglich im Dezember ist wieder zu beobachten, daß trotz stark steigenden Preisen auch die Nachfrage etwas zunimmt.

Beim *Milchpreis*, der von seiten des Staates festgesetzt ist, sind Saisonschwankungen kaum erkennbar. Kleine